

231 und Ausweisschwindel um 34 Fälle auf 112.

54,9% der im letzten Jahr der Polizei gemeldeten Fälle waren Eigentumsdelikte; sie nahmen um 12,3% zu. Grund hierfür war der Anstieg von Raub (541 Fälle), Diebstahl (2.991 Fälle) und Wucher. Cheong Kuok Va erklärte, dass man im Jahr 2004 verstärkt gegen Raub und Diebstahl vorgehen werde. Die Kriminalitätsrate unter den Einzelreisenden vom Festland ist übrigens dem Minister zufolge „sehr niedrig“. Sie sind eher Opfer von Räubern und Dieben. Etwa 100 solcher Fälle sind seit letzten September gemeldet worden.

Macau arbeitet bei der Verbrechensbekämpfung mit Hongkong und der Nachbarprovinz Guangdong zusammen. Zweimal im Jahr treffen sich die Leiter der Stellen für Verbrechensermittlung dieser drei Regionen zum Erfahrungsaustausch. Dabei sollen Strategien gegen grenzüberschreitende Verbrechen entwickelt werden. Das bislang dritte Treffen fand am 30. Januar in Macau statt. Auf der Tagesordnung standen die Verhinderung und Bekämpfung von neuen Arten der Kriminalität, die im Gefolge der rasanten Entwicklung von Wissenschaft und Technik entstehen. An Themen wurden Benachrichtigungsmechanismen zwischen den drei Regionen und moderne Methoden der Ermittlungstechnik wie DNA-Analyse und Identifizierungssysteme anhand von Fingerabdrücken erörtert. Anfang letzten Jahres fand das erste dieser Treffen in Zhuhai statt, das zweite letzten Juli in Hongkong, und das nächste wird in Guangdong einberufen werden. Vom 12. bis 14. Februar findet dann das 7. regelmäßige Treffen der Leiter der Polizeikräfte der SVR Macau und der Provinz Guangdong in Shenzhen statt, an dem Minister Cheong Kuok Va teilnimmt. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 30.1., 4., 12.2.04; <http://safpsql.informac.gov.mo/new-asp/cjdetail.asp?inidjornal=2838> u.2845, Aufruf am 6.2.04; XNA, 5.2.04) -ljk-

Taiwan

32 Referendumsplan: Entschärfter Wortlaut stößt in den USA weiterhin auf Skepsis

Das Vorhaben von Präsident Chen Shui-bian, gemeinsam mit den Präsidentschaftswahlen am 20. März eine Volksbefragung zur militärischen Bedrohung durch China durchzuführen, hatte im Dezember weltweit für Aufsehen gesorgt und das Verhältnis zu den USA getrübt, da es Fragen der taiwanischen Souveränität tangiert und den Status quo zu verletzen droht. (Vgl. C.a., 2003/12, Ü 33) Am 16. Januar nun gab Chen den Wortlaut jener Frage bzw. Fragen bekannt, die er gemäß dem neuen Plebiszitgesetz dem Volk zur Abstimmung vorlegen will. Sie lauten gemäß offizieller deutscher Übersetzung wie folgt:

„1. Die Bevölkerung Taiwans fordert, dass die Angelegenheiten bezüglich der Taiwan-Straße durch friedliche Mittel gelöst werden. Sollte Festlandchina sich weigern, die Raketen, die es auf Taiwan gerichtet hat, abzuziehen, und offen zu erklären, dass es auf die Anwendung von Gewalt gegen uns verzichtet, wären Sie in diesem Fall der Ansicht, dass die Regierung fortgeschrittenere Raketenabwehrwaffen erwerben sollte, um die Verteidigungsfähigkeit Taiwans zu erhöhen?“

„2. Sind Sie der Ansicht, dass unsere Regierung in Verhandlungen mit Festlandchina eintreten sollte, um einen Rahmen für 'Frieden und Stabilität' zu schaffen, auf dessen Grundlage wechselseitige Aktionen zur Konsensbildung zum Wohl der Bevölkerung auf beiden Seiten stattfinden können?“ (www.roc-taiwan.de/policy/20040119/2004011901.html, Aufruf am 11.2.04; s. auch CNAT, nach BBC PF, 16.1.04)

Die Formulierung lässt erkennen, wie Chen wieder einmal zurückrudert, nachdem er erkennen musste, dass er mit einem unvorsichtigen chinapolitischen Vorstoß erheblichen Schaden anzurichten drohte. Angekündigt hatte er ein Volksvotum zur Bedrohung

durch Chinas Raketen, und zwar gemäß § 17 des neuen Referendumsgesetzes, das dem Präsidenten im Falle einer die staatliche Souveränität gefährdenden Bedrohung von außen eine Volksbefragung erlaubt – und zwar einzig in diesem Fall. Erwartet worden war daher allgemein eine (Schein-)Frage wie: „Soll China Taiwan weiterhin mit Raketen bedrohen und damit seine Souveränität gefährden oder nicht?“ Die nun vorgelegte Fassung zeigt deutlich die Spuren des Missfallens, den der Plan in Washington erregte, indem nämlich das außen- bzw. chinapolitische Anliegen zu einem inneren umgemünzt wurde, welches die Verteidigungsanstrengung des Landes betrifft. Noch deutlicher ist die Intention der Schadensbegrenzung bzw. Vermeidung bei der zweiten Frage, die unmittelbar auf die Entschärfung des militärischen Konflikts bzw. der Bedrohung durch politische Mittel zielt.

Vorausgegangen waren weitere deutliche Warnungen seitens der USA. So hatte ein Sprecher des US-Außenministeriums am 2. Januar erklärt: „Wir haben klar gesagt, dass wir gegen einseitige Maßnahmen sind, die den gegenwärtigen Status betreffen, einschließlich dem Referendum“ und: „Wir möchten der taiwanische Regierung raten, die Bedenken ernst zu nehmen.“ (FT, 4.1.04) Außenminister Eugene Chien (Jian Youxin) erklärte daraufhin, es werde keine Volksbefragung geben, wenn darüber mit den USA kein Einverständnis erzielt werden könne. (FT, 6.1.04) Die Sorge in den USA war umso größer, als Präsident Chen zuvor bereits den Plan vorgestellt hatte, Taiwan eine neue Verfassung zu geben; vor diesem Hintergrund erschien die Volksbefragung (und erscheint weiterhin) als Schritt zu einer auch formal deklarierten Souveränität. Um diesen Bedenken entgegenzutreten, beschloss die Regierung Anfang Januar zudem, Delegationen in die USA, nach Japan und nach Europa zu schicken, die den Referendumsplan erklären und Vorschläge von Meinungsführern dazu einholen sollten. (TT, 7.1.04)

Nachdem nun der Wortlaut bekannt war, zeigten sich die USA zunächst „erleichtert“, blieben aber irritiert hinsichtlich der Motive. (TT, 23.1.04) Ende Januar überwog im US-Außenministerium offenbar die Skepsis und ei-

ne ablehnende Haltung. Vizeaußenminister Armitage brachte die Dinge auf den Punkt: „Das Vorhaben weckt Fragen nach den dahinter stehenden Motiven. Es geht nicht bloß um den Wortlaut ..., sondern um deren Kontext und wie sie im Lande benutzt werden.“ Und weiter: „So weit ich weiß greift man auf eine Volksabstimmung im Allgemeinen zurück für Fragen, die entweder sehr strittig oder sehr schwierig sind. Der mir bekannte Wortlaut der Referendumsfrage ist weder das eine noch das andere.“ (ST, 31.1.04)

Das war noch zurückhaltend ausgedrückt. Abgesehen von der Frage, ob das Referendum überhaupt durch § 17 des Gesetzes gedeckt ist, wenn die Frage so lautet wie Chen sie nun vorlegte, handelt es sich, wie Armitage andeutet, gar nicht um eine Volksabstimmung. Unter innenpolitischer Perspektive ergibt das Vorhaben nämlich gar keinen Sinn. Es ist Aufgabe des Präsidenten und der Regierung zu entscheiden, welche Verteidigungsanstrengungen sie unternimmt. Ein Mandat, Verhandlungen aufzunehmen, die sie für richtig hält, hat sie qua Amtes selbstverständlich auch. Entgegen dem Wortlaut ist der Zweck der Befragung nach wie vor einzig durch die Außenwirkung bestimmt. Taiwans Souverän – das taiwanische Volk – nach außen als solches auftreten zu lassen, ist allerdings mit dem Status quo nicht vereinbar – auch wenn dies Taiwans Regierung verständlicherweise schmerzt und als demütigend empfinden muss. Der Referendumsplan ist daher nicht nur unaufrichtig (die Fragen sind sachlich überflüssig), sondern auch höchst gefährlich, weil Taiwan sich damit von den USA zu isolieren droht und Futter für die taiwanpolitischen Falken in Beijing liefert. Das Vorhaben rechtfertigt sich für Chen nur unter zwei Aspekten: Es verschafft Taiwan und seiner misslichen Situation weltweite Aufmerksamkeit, und sofern sich die chinesische Seite – wie Chen Shuibian wohl hofft – zu erneutem Säbelrasseln hinreißen lässt, kann dies zu einer Solidarisierung der Bevölkerung mit der Regierung führen und damit Chens Chancen erhöhen, wieder gewählt zu werden. Gewiss geht es Chen auch um die Sache Taiwans; dass ihm das Referendum wichtiger

ist als die eigene Wiederwahl, wie er Mitte Januar erklärte, dürfte durchaus seiner Überzeugung entsprechen. (CNAT, nach BBC PF, 15.1.04; TT, 16.1.04) Taiwans Ansehen als demokratisches Staatswesen und die Stärkung von dessen internationaler Stellung sind ihm ehrliche und wichtige Anliegen. Die Referendumsidee, da von vornherein im falschen – nämlich chinapolitischen – Kontext angesiedelt und, da als innere Angelegenheit getarnt, ein Scheinmanöver von bloß deklamatorischem Effekt, wird allerdings wohl nirgends so verstanden, wie er es gern hätte. Das Chen davor die Augen verschließt, ist töricht. Chen argumentiert auch damit, dass die Institution des Referendums die taiwanische Demokratie stärken und zu ihrer Entwicklung beitragen werde. Das mag generell richtig sein. Wenn die Regierung dem Volk allerdings Scheinfragen stellt, macht sie das Instrument der Volksabstimmung zur Farce. -hws-

33 Referendum (2): Verstimmung wegen französischer Kritik

Dass Taiwan in der 2./3. Januarwoche eine Delegation nach Europa schickte, um dort den Plan eines „defensiven Referendums“ am 20. März zu erläutern (s. vorangehende Übersicht), scheint in Frankreich nicht viel genützt zu haben. Dabei schienen die Voraussetzungen günstig, hatten Frankreich und Taiwan doch am 5.1.04 ein kartellrechtliches Abkommen unterzeichnet, in dem Taiwan durchgesetzt hatte, nicht als „Taipei“, sondern als „Taiwan“ zu fungieren. Ende Januar allerdings kam Chinas Staatschef Hu Jintao nach Paris, und sein Gastgeber Jacques Chirac erklärte mit Blick auf die Taiwan-Straße: „Alles was Spannungen verstärkt, ist gefährlich; jede Initiative, die von der einen oder der anderen Seite als Aggression gedeutet werden kann, bildet eine Gefahr für alle und ist daher unverantwortlich“. Und, speziell zu Chen Shuibians Referendumsplan: Er sei eine einseitige, destabilisierende Initiative und ein „schwerer Fehler“. (TH, 6.1.04; CNAT, nach BBC PF, 12.1.04; ST, 28.1.04; TT, 28.1.04; FT, 28.1.04)

Das Kabinett in Taipei äußerte zunächst lediglich sein Bedauern, wäh-

rend das Außenministerium seinen deutlichen Protest äußerte: Das Referendum sei eine innere Angelegenheit Taiwans, in die sich kein anderer Staat einzumischen habe. Präsident Chen erklärte, er verstehe Chirac nicht, schließlich gebe es Volksabstimmungen in Frankreich schon seit 1791, und Chirac selbst habe im Jahr 2000 eins durchführen lassen. Dann entschloss sich die Regierung demonstrativ, alle hochrangigen Kontakte mit Frankreich zu suspendieren. Zwei Kabinettsmitglieder sagten unmittelbar bevorstehende Frankreichbesuche entsprechend ab bzw. verschoben sie auf unbestimmte Zeit. (CNAT, nach BBC PF, 27.1., 29.1.04; TT, 29.1., 30.1.04)

Ein Sprecher des französischen Außenministeriums entgegnete, Frankreich habe im Prinzip nichts gegen Volksentscheide oder gegen den Demokratisierungsprozess in Taiwan. Über den inoffiziellen Vertreter Taiwans in Paris ließ das französische Außenministerium außerdem wissen, man verstehe Taiwans Intentionen und habe zur Kenntnis genommen, was die taiwanische Delegation in Sachen Referendum mitzuteilen hatte. Man spreche sich nur gegen einseitige Schritte aus, die zu einer Destabilisierung in der Region führten. (AFP, nach BBC PF, 29.1.04; CNAT, nach BBC PF, 29.1.04)

Als Grund für Chiracs Äußerungen wurde sowohl von Präsident Chen als auch von der Opposition in Paris vermutet, Chirac wolle Hu Jintao nach dem Mund reden, um mehr Airbusse verkaufen zu können. Dass dies als Motiv ausreicht, darf bezweifelt werden; offensichtlich ist allerdings, dass Frankreich stärker ins Chinageschäft kommen möchte als bisher. Dennoch erstaunt, dass Chirac sich nicht mit der Formel begnügte, mit der US-Präsident Bush beim Besuch von Ministerpräsident Wen Jiabao in den USA im Dezember 2003 Taiwans Pläne rügte. Denn für wie töricht oder gefährlich man den Referendumsplan auch immer hält, stellt er doch keinen aggressiven Akt gegen China dar, als den Chirac ihn hinstellte. Schließlich werden die Bürger Taiwans nicht um Zustimmung für eine Invasion auf dem Festland gebeten.

Andererseits hat die Regierung offensichtliche Schwierigkeiten damit, die eigene Position verständlich zu

machen, und diese Schwierigkeiten sind erkennbar hausgemacht. Es war schließlich von Anfang an offensichtlich, dass es hier nicht um irgendwelche Volksentscheide geht – und gar nicht um die Institution des Plebiszits an sich –, sondern speziell um den einen für den 20. März geplanten, und der ist von der Intention her nun einmal keine innere Angelegenheit – als solche wäre der Plan überflüssig. Taipei sperrt sich offenbar dagegen, sich einzugestehen, dass der Urnengang kein „Friedensreferendum“ darstellt, wie man es gern hätte, sondern wegen seiner nicht abzuschätzenden Wirkung auf die Stabilität an der Taiwan-Straße international ernsthafte Sorgen auslöst und Taiwans Ansehen daher eher schwächt als stärkt. -hws-

34 Referendum (3): Die Opposition macht dagegen mobil – und lässt es laufen

Die Opposition aus Nationaler Volkspartei (KMT) und People First Party (FPF) ist im Wahlkampf natürlich gegen das Referendum. Nachdem Präsident Chen den geplanten Wortlaut bekannt gegeben hatte (siehe oben), erklärte ein KMT-Vertreter auf einer Pressekonferenz, das Referendum sei illegal und ein Witz. Dem Präsidenten drohe gemäß dem Referendumsgesetz wegen Durchführung eines nicht gesetzlichen Volksentscheids ein Strafverfahren; Städte und Kreise sollten sich weigern, die Abstimmung durchzuführen. Außerdem sei es eine Geldverschwendung, da das Plebiszit Ausgaben von 500 Mio. NT\$ (ca. 13 Mio. Euro) verursache. Man werde daher vorschlagen, Präsident Chens Abstimmungstext wortgetreu als Parlamentsresolution zu beschließen, schließlich sei das Parlament die Volksvertretung. Das mache das weitere Verfahren dann überflüssig. Ein anderer Vorschlag lautete, die Opposition solle das Referendumsgesetz ändern und dem Präsidenten das Recht, einen Volksentscheid zu veranlassen, gänzlich entziehen. Dann wiederum hieß es, man wolle die Bevölkerung zum Boykott des Volksentscheids aufrufen. (SCMP, 6.1.04; TT, 18.1., 19.1.04; ST, 26.1.04)

In der Tat spricht vieles dafür, dass Präsident Chen für das Referendum

die gesetzliche Grundlage fehlt. Die ersten dreieinhalb Januarwochen allerdings beließ es die Opposition bei Wahlkampfgetöse. Zwar bliesen verschiedene Vertreter der Opposition heftig gegen das Vorhaben ins Horn, aber die gemachten Vorschläge, wie das Referendum zu verhindern sei, widersprechen sich zum Teil, und eine von der Parteiführung formulierte und koordinierte Linie war bis gegen Monatsende nicht erkennbar. Die Führungsschwäche von Lien Chan, KMT-Vorsitzender und Präsidentschaftskandidat, wurde einmal mehr deutlich, nachdem er schon bisher keine gute Figur gemacht hatte und Präsident Chen die Wahlkampfthemen bestimmen ließ.

Nun allerdings hat sich Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) der Sache angenommen – Ma schlug seinerzeit den jetzigen Präsidenten Chen Shui-bian bei den Wahlen zum Bürgermeisteramt von Taipei und managt jetzt den Wahlkampf von Lien Chan. Gleich nach den chinesischen Neujahrsfeiertagen begann er, die Regionalregierungen, ohne deren Mitwirken das Referendum nicht durchzuführen ist, gegen die Abstimmung zu mobilisieren. Sie sollen die Bevölkerung zum Abstimmungsboykott auffordern – bei weniger als 50 Prozent Beteiligung wäre das Ergebnis des Referendums nämlich nicht gültig. Dahinter steht, dass sich Lien Chan nun doch entschlossen hat, die Abstimmung nicht schon im Vorwege zu verhindern – aus Angst, ein solches Vorgehen könnte dem Präsidenten im Wahlkampf willkommene Munition liefern und daher seine – Liens – eigene Wahlchancen mindern. (TT, 26.1.04; ST, 26.1.04; SCMP, 27.1.04)

Das war jedenfalls der Stand von Ende Januar. Es ist erstaunlich, dass die Opposition trotz ihrer Mehrheit im Parlament fast acht Wochen brauchte, um ihre Position in Sachen Referendum zu bestimmen. Das – vorläufige – Ergebnis, ein dezidiertes Nein, entspricht dem Charakter des KMT-Präsidentschaftskandidaten und wirkt alles andere als überzeugend. Die Frage, ob Präsident Chen sich zu Recht auf den § 17 des Referendumsgesetzes beruft, müsste und könnte durch ein höchstrichterliches Gutachten geklärt werden, wie es Oppositionsvertreter auch vorgeschlagen hatten. Die außenpolitischen Gründe, die gegen das Vor-

haben sprechen, liegen ebenfalls offen zutage. Wenn man aber beschließt, das Referendum nicht zu verhindern, was soll dann mit einem Boykottaufruf gewonnen sein?

Am Ende dürfte das wichtigste Ergebnis für die KMT darin bestehen, dass die Referendumsfrage Ma Ying-jeou die Gelegenheit gab, sich als zukünftiger starker Mann der KMT zu empfehlen. -hws-

KORREKTUR

Im letzten Heft, im Thema von Hans-Wilm Schütte, ist uns auf Seite 1467 ein Fehler unterlaufen. Der dritten Absatz lautet wie folgt:

Beim Wirtschaftswachstum ist in Taiwan eine langfristig abwärts gerichtete Tendenz festzustellen, die – wie anderswo auch – durch steigende Basiswerte mehr oder minder rechnerisch bedingt ist (s. Graphik 4). So lagen die Quartalszuwächse von 1989 bis 1995 nur dreimal unter 6% (25-mal darüber), von 1995 bis 2000 jedoch bei 20 Quartalen elfmal. ...

Übersichten Online

Eine Auswahl der Übersichten dieser Zeitschrift können Sie auch **kostenlos** online lesen.

Auf der **Homepage des Instituts für Asienkunde** (www.duei.de/ifa) finden Sie unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“ die Inhaltsverzeichnisse aller Ausgaben dieser Zeitschrift seit 1999 sowie jeweils ausgewählte Übersichten im Volltext seit Ende 2000.

Auf der **Homepage des Hamburger „Haus der Aussenwirtschaft“** (www.aussenwirtschaftszentrum.de) finden Sie unter dem Menüpunkt „Aktuelles und Analysen“ auch wirtschaftsbezogene Übersichten aus dieser Zeitschrift. Hier können Sie darüber hinaus eine gezielte Suche in der Archiv-Datenbank des „Hauses“ vornehmen.